

Mal Konsens, mal Konflikt

Kretschmann vor Parteitag

Von Roland Muschel

STUTTGART. Kurz vor dem Bundesparteitag der Grünen in Münster sendet Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann Konsenssignale an die Parteilinke im Bund. In Sachen Vermögensteuer stellt er sich quer.

Der 68-Jährige lehnt den im Ursprungsantrag zur Verkehrspolitik enthaltenen Passus im Prinzip weiter ab, wonach „das Jahr 2030 als Zeitpunkt definiert“ werden soll, ab dem in Deutschland „kein Auto mit Verbrennungsmotor mehr neu zugelassen wird“. Dass man einen festen Ausstiegstermin benennen könne, halte er für ausgeschlossen, sagte Kretschmann am Dienstag. Er stehe aber hinter einem Kompromissvorschlag, den sein Verkehrsminister Winfried Hermann mit Grünen-Bundestagsfraktionschef Anton Hofreiter und anderen ausgehandelt hat – laut diesem wird nur noch „begrüßt“, dass sich der Bundesrat zum Ziel „bekannt hat, ab 2030 nur noch emissionsfreie Autos neu zuzulassen.“

Kein Konsens ist im Streit um die Einführung einer Vermögenssteuer in Sicht. Kretschmann lehnt Pläne, die große Teile der Bundesgrünen bis ins Realolager hinein unterstützen, rigoros ab. Die ablehnende Haltung der baden-württembergischen Regierung grünen unterstrichen Finanzministerin Edith Sitzmann und Sozialminister Manfred Lucha am Dienstag in einem Gastbeitrag für die *Frankfurter Allgemeinen* Zeitung. Man werde bei dem Thema auch in Münster „Flagge zeigen“, sagte Kretschmann. „Wir kämpfen für unsere Position.“ Dass die in diesem Fall kaum mehrheitsfähig sein dürfte, ist ihm gleichwohl klar.

KURZ GEMELDET

KONSTANZ Vogelgrippe am See

Bei Wildvögeln am Bodensee ist Vogelgrippe festgestellt worden. Mehrere verdächtige Proben toter Reiherenten aus der Nähe von Konstanz wurden zum Referenzlabor am Friedrich-Loeffler-Institut bei Greifswald gesandt, wie das Agrarministerium am Dienstag mitteilte. Dort werde nun geklärt, ob es sich um die stark krankmachende oder die weniger krankmachende Form handelt. Das Ergebnis soll voraussichtlich am Mittwoch vorliegen. *dpa*

STUTTGART Razzia bei Zuhältern

Mit Durchsuchungen und Festnahmen ist das Landeskriminalamt (LKA) gegen Zwangsprostitution vorgegangen. Mehr als 100 Ermittler waren am Dienstag im Einsatz, um 13 Wohnungen und Geschäftsräume in Stuttgart, Fellbach und Konstanz zu durchsuchen. Ein 22-Jähriger wurde festgenommen. Zusammen mit vier anderen, die den Ermittlern bereits vergangene Woche ins Netz gegangen waren, soll er Frauen zur Prostitution gezwungen haben. Alle Beschuldigten sind den Angaben zufolge Mitglieder oder Unterstützer der rockerrähnlichen Gruppierung „United Tribuns“. *dpa*

NECKAR-ODENWALD-KREIS Von Zug mitgeschleift

Weil sich der Trageriemen eines Gepäckstücks in der Tür eines Zugs verklebte, ist eine 22 Jahre alte Frau 15 Meter mitgeschleift worden. Sie konnte sich nach Auskunft der Bundespolizei vom Dienstag am Bahnhof Osterburken im Neckar-Odenwald-Kreis selbst retten, indem sie sich von dem Trageriemen befreite. Durch den Sturz erlitt sie mehrere großflächige Schürfwunden und kam ins Krankenhaus. Das Zugpersonal hatte von dem Vorfall nichts mitbekommen. *dpa*

■ Forschung im Bodensee



DIESE KUGEL

aus Beton befindet sich seit Dienstag mitten im Bodensee. In der Nähe von Überlingen wollen Forscher des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik in Kassel in einer Tiefe von 100 Metern messen, wie Strom gespeichert werden kann – die Kugel ist in der Mitte hohl und simuliert ein Pumpspeicherkraftwerk. *FOTO: DPA*

Jein zum Kopftuch

Ministerpräsident und Justizminister sind uneinig, ob religiöse Symbole in Gerichtssäle gehören

Von Bettina Wieselmann

STUTTGART. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) ist noch nicht davon überzeugt, dass Richtern und Staatsanwälten das Tragen religiöser Kopfbedeckungen und Kleidungsstücke im Gerichtssaal verboten wird. Über einen entsprechenden Gesetzentwurf, den das Justizressort erarbeitet hat, will Kretschmann mit Minister Guido Wolf (CDU) nächste Woche reden.

„Ich kann mir in keiner Weise vorstellen, dass ein Jude mit einer Kippa die Neutralität des Staates verletzt“, sagte Kretschmann am Dienstag in Stuttgart. Er argumentierte damit, dass das Tragen der Kopfbedeckung für einen orthodoxen Juden religiöse Pflicht sei. Kretschmann sagte aber ausdrücklich auch, dass es sich



Frau mit Kopftuch *FOTO: DPA*

dabei um seine persönliche Auffassung handele. Andererseits, stellte er klar, müsse auch der Empfängerhorizont berücksichtigt werden. Es gehe um „hochkomplexe Fragen der Religionsfreiheit

und der Neutralität des Staates“. Unstrittig ist für Kretschmann, dass eine Vollverschleierung vor Gericht, in Schulen oder Behörden sich nicht mit den Grundwerten einer offenen Gesellschaft vertrage.

Bereits im Sommer hatte Justizminister Wolf mit Blick auf die gebotene Neutralität der Justiz angekündigt: „Ein Kopftuch im Gerichtssaal wollen wir verbieten.“ Hintergrund war ein Urteil des Verwaltungsgerichts Augsburg im Juni dieses Jahres, das einer Rechtsreferendarin das Tragen ihres Kopftuchs zugestanden hatte. Die Richter hatten für ein Verbot keine gesetzliche Grundlage gesehen. Damit entfielen auch im Land die bisherigen freiwilligen Vereinbarungen mit muslimischen Rechtsreferendarinnen. Sie durften bisher auf den Sitzungsdienst bei der Staatsanwaltschaft verzichten, ohne Nachteile für ihre Ausbildung in Kauf nehmen zu müssen.

„Eines der größten Umweltprobleme am Oberrhein“

14 Jahre nach dem Feuer in der elsässischen Sondermülldeponie Stocamine ist ein Streit um die Aufräumarbeiten entbrannt

Von Bärbel Nückles

WITTELSHEIM. „Es hat viel zu lange gedauert, bis etwas nach dem Brand in Stocamine geschehen ist“, sagt Yann Flory, Mitglied einer Bürgerinitiative. Im Jahr 2002 beendete ein verheerender Brand den Betrieb der Sondermülldeponie in Wittelsheim bei Mulhouse. Stocamine, ein unterirdisches Lager für Abfälle aus Krankenhäusern und Industriemüll in einer stillgelegten Kalimäne, wurde nach nur drei Jahren Betrieb geschlossen. Im Jahr 2014 begannen Arbeiter damit, einen ersten Teil des Giftmülls aus der Tiefe zu holen – jetzt soll die weitaus größere Menge der 44 000 Tonnen Material mit Beton versiegelt werden.

Das Wort Endlagerung nimmt niemand von offizieller Seite in den Mund. Eine Endlagerung kann allerdings ohnehin erst nach einem öffentlichen Anhörungsverfahren beginnen. Das Verfahren hat diese Woche begonnen und endet am 15. Dezember. Beteiligen dürfen sich die Einwohner von Wittelsheim und acht weiteren Kommunen, danach entscheidet der Präfekt in Colmar über das weitere Vorgehen – egal, was die Bürger denken.

„All das zusammen“, findet Flory, der sich in der Bürgerinitiative Destocamine engagiert, „ist überhaupt nicht gut für die Demokratie.“ Mit dem Vertrauen in die Behörden tun sich wie er viele Bürger schwer seit dem Brand, zu dem es eigent-



Eng, dunkel, toxisch: Blick ins frühere Kalibergwerk im Elsass. *FOTO: BZ*

lich gar nicht hätte kommen dürfen: Gegner und Warner hatte man verlacht. Als es dann in Block 15 gekokelt habe und Bergleute ungeschützt den Brand löschen mussten, erinnerte sich Flory, sei das Lachen vielen vergangen.

Deshalb verlangt Destocamine auch, dass alles, was am Rand von Wittelsheim in der Tiefe gelagert ist, nach oben geholt und sicher untergebracht wird. Den Rücken stärken ihr französische Experten: Im Jahr 2010 warnte das staatliche Bergbauinstitut vor einer Gefahr für das Grundwasser, die sich in den Stollen von Stocamine anbahne. Bei der Anlieferung

und Einlagerung hatte man wohl nicht so genau hineingeschaut – oder weggesehen, weil man Kasse machen wollte. Als es dann in 500 Metern Tiefe brannte, war das Feuer erst zweieinhalb Monate später gelöscht. Der Prozess gegen die Betreiberfirma endete mit einer glimpflichen Geldbuße für den Direktor.

Im Jahr 2014 hat die Teilbergung von quecksilberhaltigen Abfällen begonnen. Dabei handelt es sich um nicht mehr als zehn Prozent der Gesamtmenge. Doch derzeit scheint ungewiss, wie und unter welchen Umständen die gefährliche Aktion weitergehen kann: Der Zustand der

30 Millionen für schnelle Hilfe nach Unwetter

Hilfsfonds wird konkret

Von Andreas Böhme

STUTTGART. Die Regelung ist eindeutig: Für die Bewältigung kleiner Unwetter sind die Kommunen, für größere Katastrophen die Landkreise zuständig. Umfasst ein Unwetter aber künftig mehrere Kreise und übersteigt der Schaden 100 Millionen Euro, will in Zukunft das Land mit einem neuen Hilfsfonds bereitstehen. Die Regierung zieht damit Konsequenzen aus den Sommerunwettern und verpflichtet sich auf einen Katastrophenfonds, der zusammen mit den Gemeinden auf 30 Millionen Euro anwachsen und unbürokratisch Soforthilfe leisten soll.

5,4 Millionen Euro Soforthilfe wurden im Sommer Tage nach den Überschwemmungen ausbezahlt. Diese Hilfe soll in Zukunft noch flexibler und unbürokratischer über die Bühne gehen, sagt CDU-Innenminister Thomas Strobl. Wie bisher sollen Familien auch künftig 2500 Euro pro Haushalt oder je 500 Euro pro Person bekommen, um verlorengegangene Gegenstände des täglichen Bedarfs zu ersetzen. Kleine Gewerbebetriebe erhalten bis zu 5000 Euro. Das Verfahren soll vereinfacht werden: Allein Innenministerium und Ministerpräsident entscheiden über die Freigabe des Fonds. Einzelne Nachweise sind nicht mehr zu erbringen, es genügt ein glaubhafter Antrag.

Das Geld für den Fonds soll nicht auf die Seite gelegt werden: Land und Kommunen verpflichten sich, die Summe erst aufzubringen, wenn sie gebraucht wird. Empfänger der Gelder sind nicht nur die Einwohner: Auch Gemeinden selbst können Geld bekommen, wenn kein anderes Förderprogramm greift oder ihre Leistungskraft überschritten wird. Eine Kaskoversicherung sei der Fonds nicht, warnt Strobl – sie ersetzt keine Elementarschadenversicherung. Damit allerdings sind die Baden-Württemberger ohnehin versorgt: Nirgendwo sonst gebe es eine solche Dichte von Gebäudeversicherungen gegen Unwetter wie hierzulande. Sie rührt her aus Zeiten, in denen Gebäude gegen Elementarschäden noch zwangsweise versichert sein mussten.

Stollen hat sich – Fachleute haben das vorausgesehen – sehr schnell verschlechtert. Durch die natürliche Bewegung des Gesteins und zunehmenden Druck senken sich Decken und heben sich Böden. An einigen Orten könnte es für die Arbeit schwierig werden, an das Material heranzukommen.

Axel Mayer, Geschäftsführer des Bundes für Umwelt und Naturschutz Freiburg, vergleicht Stocamine mit dem atomaren Endlager im deutschen Asse. „Man hat im Elsass behauptet, dass gar keine Substanzen eingelagert würden, die brennen können“, sagt er. Eine konkrete Gefahr für das südbadische Grundwasser sieht er nicht, da die Ströme von Mulhouse aus Richtung Straßburg verlaufen. „Nichtsdestotrotz“, sagt Mayer, „halte ich Stocamine für eines der größten Umweltprobleme am Oberrhein.“

Alain Rollet, der die Abwicklung der Deponie verantwortet und von Beginn an eine Endlagerung an Ort und Stelle befürwortet hat, hofft, bis zu 85 Prozent des Quecksilbers herauszuholen zu können, um im kommenden Jahr testweise Betonbarrieren einspritzen zu können. Umweltministerin Ségolène Royal hatte einen Anteil von 93 Prozent gefordert. Destocamine-Mitglied Flory sieht hier den eigentlichen Skandal: Auch lokale Politiker haben sich dagegen ausgesprochen, Abfall in der Mine zu lassen. „Wir verstehen nicht“, sagt Flory, „wie Paris den Willen der lokalen Politik nicht respektiert.“